


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 18.05.2022

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:04 Uhr
Ende:	17:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Präger
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Jugendherberge am Zoopark? Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck und Herr Maicher hinzugezogen: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung	0411/22

- 4.2. Verwaltungsdienstleistungsgemäß Onlinezugangsgesetz **04 13/22**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Hilgenfeld und Herr Maicher
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
5. Informationen
- 5.1. Mündliche Informationen
- 5.2. Sonstige Informationen
6. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 23.03.2022

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Präger, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren verwies Herr Präger auf die hausordnende Regelung (Hygienekonzept).

2. Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung gab es keine.

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Behandlung von Anfragen

4.1. Jugendherberge am Zoopark?

04 11/22

Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr
Robeck und Herr Maicher

hinzugezogen:

Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung

Auf Antrag des Fragestellers, wurde die o. g. Drucksache auf die nächste Sitzung am 08.06.2022 vertagt.

vertagt

4.2. Verwaltungsdienstleistungen gemäß Onlinezugangsgesetz

0413/22

Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Hilgenfeld und Herr Maicher

hinzugezogen:

Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, welche Leistungen noch nicht digitalisiert sind, wann dies erfolgen soll und welche Konsequenzen es hat, wenn bestimmte Leistungen nicht bis Ende 2022 digitalisiert werden. Weiterhin bat Herr Maicher um eine monatliche Berichterstattung im Ausschuss, welche neuen Verwaltungsleistungen neu digitalisiert worden sind. Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, erklärte, das all das was nicht aufgeführt worden ist, noch nicht digitalisiert wurde. Hinsichtlich des Onlinezugangsgesetzes, ist die Stadtverwaltung Erfurt davon abhängig, was vom Bund und Land der Stadt an Dienstleistungen zur Verfügung gestellt wird. Durch das Land Thüringen wird dieses Verfahren erprobt. Des Weiteren erklärte Herr Linnert, dass der Ausschuss quartalsmäßig über Neuerungen informiert werden kann, aber nicht monatlich und begründete dies.

Herr Präger, Ausschussvorsitzender, sprach das Personalproblem an, um dieses Verfahren überhaupt richtig zum Laufen zu bringen. Herr Linnert erläuterte, dass eine langsame Bewegung zu verzeichnen ist, aber die Prozesse, welche hinter diesem Verfahren stecken, sehr schwierig elektronisch umzusetzen sind. Hierbei ging er z. B. auf die Erstellung von Steuererklärungen oder elektronischen Rechnungen ein. Es gibt sehr viele Fälle, bei den Dienstleistungen weg fallen, welche nicht mehr parallel laufen können, wiederum gibt es auch Kritiken das alles nur online laufen soll, so Herr Linnert.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, wie viele VBE für diese Maßnahme zur Verfügung stehen bzw. ob eine Aufstockung erfolgt und plädierte für einen quartalsmäßigen Bericht im Ausschuss. Hierzu erklärte Herr Linnert, dass derzeit nur 0,5 VBE für diese Maßnahme zur Verfügung steht und auf Grund des schwierigen Stellenbesetzungsverfahrens nicht gesagt werden kann, in wie weit es mehr Personal für diesen Bereich geben soll.

Es wurde sich auf folgende Festlegung geeinigt:

Drucksache 0884/22	1. Welche Verwaltungsleistungen gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) wurden für die Bürger neu online zugänglich gestellt? 2. Welche Konsequenzen hat es, wenn bestimmte OZG-Leistungen nicht angeboten werden? T.: 14.09.2022 (zur Frage 1, soll quartalsweise berichtet werden) V.: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
-------------------------------	--

zur Kenntnis genommen

5. Informationen

5.1. Mündliche Informationen

Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

5.2. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen gab es keine.

**6. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
23.03.2022**

genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

gez. Präger
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in